
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 12/2017
Nr. 147

Jahresrückblick 2017: eine durchwachsene Bilanz

Viel, vielleicht zu viel ist im vergangenen Jahr passiert. Am Ende des Jahres scheint es deshalb angebracht, kurz innezuhalten und das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen. Denn: Es lohnt sich. Der Blick zurück zeigt nicht nur, wie viel Negatives in den vergangenen Monaten geschehen ist, sondern auch, welche Erfolge und positiven Entwicklungen es zu feiern gibt. Beides zusammen, also Positives wie Negatives, macht das Ganze aus und erst im Blick auf das Ganze lässt sich das neue Jahr gestalten. Deshalb – ein Rückblick!

Bereits am 12. Dezember 2016 hat die GKKE ihren 20. Rüstungsexportbericht vorgelegt und die die Diskussion der entsprechenden Zahlen aus dem Jahr 2015 mit der Forderung nach einem einheitlichen Rüstungsexportkontrollgesetz verknüpft. Diese Forderung wurde im Juli 2017 anlässlich der Veröffentlichung der neuen Genehmigungszahlen für das Jahr 2016 noch einmal wiederholt und bekräftigt.

Seit dem 27. Januar 2017 ist Brigitte Zypries (SPD) Bundeswirtschaftsministerin. Mit ihrem Amtsantritt war die Hoffnung verbunden, dass die eingespielten Genehmigungsabläufe, die auch zu den hohen Genehmigungszahlen im Rüstungsexportbereich führen, aus dem Takt geraten und dadurch überprüft werden können. Aufgrund der sich verzögernden Regierungsbildung ist Ministerin Zypries immer noch im Amt, doch die mit ihrem Amtsbeginn verbundenen Hoffnungen haben sich leider zerschlagen.

Vom 3.-4. März 2017 fand in Frankfurt die große Aktionskonferenz „Stoppt den Waffenhandel!“ von „Aktion Aufschrei“ statt. Hunderte sind der Einladung gefolgt, haben die Workshops und Diskussionsforen besucht und haben auf dem Frankfurter Römer eine große, großartige Abschlusskundgebung veranstaltet. Die Forderung nach einer restriktiven Rüstungsexportpolitik wurde dadurch laut, deutlich und öffentlichkeitswirksam in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht.

Bis zum 22. Mai 2017 hatten ausgewählte Firmen die Möglichkeit, sich um eine Teilnahme an der geplanten Ausschreibung für die Nachfolgebewaffnung des G36-Gewehrs zu bewerben. Bis heute gibt es keine offizielle Information darüber, welche Firmen eingeladen wurden und was der Stand des Verfahrens ist. Diese Situation lässt jede Transparenz vermissen und unabhängig davon, welcher Kleinwaffenhersteller und welche Waffe am Ende ausgewählt werden wird, ist die Entscheidung damit schon jetzt kritik- und diskussionswürdig.

Am 15. August 2017 fand die erste Hauptversammlung der Heckler & Koch AG statt. Die Geschäftsleitung zeigte sich gegenüber den ebenfalls angereisten RüstungskritikerInnen kooperativ und sicherte zu, künftig nur noch an 'grüne' Länder exportieren zu wollen, also an Kunden, die einen Bezug zu NATO und/oder EU haben. Gleichzeitig hat das Unternehmen begonnen, einen Produktionsstandort in den USA aufzubauen, um so eventuell die deutsche Rüstungsexportgesetzgebung umgehen zu können. Auch

die Finanzsituation ist nach wie vor ungeklärt. – Eine solche Situation lässt den Ruf nach der Gründung von „Kritischen Aktionären Heckler & Koch“ laut werden!

Am 13. September 2017 hat das EU-Parlament eine Entschließung angenommen, mit der ein EU-Rüstungsembargo gegen Saudi-Arabien gefordert wird. Eine entsprechende Entschließung war bereits im Jahr 2016 angenommen worden, passiert ist seitdem nichts. Deutschland genehmigte in den ersten vier Monaten des Jahres 2017 den Export von Waffen im Wert von knapp 50 Millionen Euro nach Saudi-Arabien und unterstützte das Königreich auf diese Weise, den Krieg im Jemen fortzusetzen.

Am 24. September 2017 fand die Bundestagswahl statt. – Seitdem scheint in mancher Hinsicht nichts mehr so wie zuvor.

Am 6. Oktober 2017 gab das Nobelpreis-Komitee bekannt, dass ICAN, die „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“, den diesjährigen Friedensnobelpreis erhalten wird. Die Vorsitzende des Komitees, Berit Reiss-Andersen, begründete die Preisvergabe mit den Worten: „Durch ihre inspirierende und innovative Unterstützung der UN-Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot nuklearer Waffen hat Ican eine große Rolle dabei gespielt, etwas herbeizuführen, das im heutigen Zeitalter einem internationalen Friedenskongress entspricht.“ ICAN ist ein weltweites Netzwerk von rund 450 Friedensorganisationen und -bewegungen. In Deutschland gehört etwa Pax Christi dem Bündnis an.

Am 17. November 2017 feierte das Friedensforum Lahr/Schwarzwald einen großartigen Erfolg: Durch das Engagement zahlreicher Aktiver ist es gelungen, die Ansiedlung einer Munitionsfabrik in einem Gewerbegebiet der Stadt zu verhindern. Ein großartiger Erfolg, der zeigt, wie wichtig und potentiell erfolgreich zivilgesellschaftliches Engagement sein kann!

Am 30. November 2017 beschlossen die Synodalen der Herbsttagung der Württembergischen Evangelischen Landessynode den Beitritt der Evangelischen Landeskirche Württemberg zur „Aktion Aufschrei“. Die Landeskirche folgt damit dem Beispiel der Evangelischen Landeskirchen in Baden und in Hessen-Nassau und unterstützt den durch die Evangelische Landeskirche in Baden angestoßenen Prozess zu einer friedens-ethischen Vergewisserung der Kirchen in Deutschland.

Und was kommt im neuen Jahr?

Der am 1. Januar 2018 gefeierte Weltfriedenstag steht unter dem Motto „Migranten und Flüchtlinge: Menschen auf der Suche nach Frieden“ und am 9. November gilt es, das Ende des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal zu feiern.

Die Kriege in Syrien und im Jemen dauern an – werden sie ein Ende finden?

Waffen im Jemen: Oberndorf am Neckar mit tödlicher Erblast und mit neuer Schuld

Heckler & Koch erlebt derzeit bewegte Zeiten, im positiven wie im negativen Sinne. Allem voran sind natürlich die „Kritischen AktionärInnen“ zu nennen, die der Firma nun auf die Waffenhändlerfinger sehen werden. In die Nachrichten schafften es aber auch Gerüchte über Finanzspritzen aus Frankreich (und deren mögliche Beeinflussung der Produktions- sowie der Exportpolitik), Prozesse mit einem früheren Geschäftsführer und mit anderen Angestellten, die (vielleicht gar nicht so?) schwierige Suche nach einer G36-Ersatzwaffe und sogar ein Brand auf dem Firmengelände. Bei all dem könnte man glauben, dass dies alles ist, was das HK-Management beschäftigt bzw. beschäftigen sollte. Doch eigentlich muss es um die tatsächlichen Exporte gehen (daher ja auch die Notwendigkeit kritischer AktionärInnen!), die getätigt werden – in der Vergangenheit und auch aktuell. Beispiel Saudi-Arabien, und damit auch der Krieg im Jemen:

Dass das G36 in Saudi-Arabien produziert wird, ist bekannt. Dass es auch nach der „Exportbeschränkung“ durch die deutsche Bundesregierung und diverse Aussagen des Konzerns über „Grüne Länder“ weiterhin hergestellt wird, ist absolut wahrscheinlich. Man bedenke, dass dieses Land in einer konfliktgefährdeten Region liegt und selbst eine aggressive Außen- und Militärpolitik verfolgt. Allein: Die beweisenden Bilder fehlen. Neben dem G36 sind auch G3-Gewehre und andere Langwaffen, Maschinenpistolen wie die MP5, Faustfeuerwaffen, leichte Waffen (etwa Maschinengewehre) und Sonderwaffen aus Oberndorf erwiesenermaßen in den Arsenalen der verschiedenen saudischen Sicherheitskräfte, doch wie und wo mit ihnen im Krieg im Jemen geschossen und verletzt/getötet wird, ist schwierig zu belegen. Nun wäre es falsch zu folgern, dass bei fehlenden Beweisen nicht von einem Einsatz gesprochen werden kann. Dieser menschenverachtenden Logik (der die Bundesregierung mit weiteren Exporten nach Saudi-Arabien durchaus folgt) steht die Logik einer Wahrscheinlichkeit entgegen, die besagt, dass in dem immerhin seit 2015 laufenden „Interventionskrieg“ von einem Einsatz ausgegangen werden muss. Daher sollte die Beweislast umgedreht werden und die deutsche Politik, ob Groko oder nicht, müsste eindeutig sicherstellen, dass die gelieferten oder in Lizenz gebauten Waffen definitiv nicht im Jemen eingesetzt werden – eine unlösbare Aufgabe und das zwingende Argument, diese Waffenlieferungen sofort einzustellen. Wenn es den Verantwortlichen der letzten Jahre gefällt, reicht eine schlichte Suche in einer bekannten großen Suchmaschine, um zumindest Bilder von Beutewaffen jemenitischer Kämpfer zu finden, die deutsche Waffen präsentieren. Etwa dieser Link zur Website von [ARES](#) („Armament Research Services“) mit G36- und G3-Fotos. Oder ein Link zur Internetseite „[thefirearmblog](#)“. Wie gesagt, verlässlich sind viele dieser Informationen nicht unbedingt, aber wer vor solchen Hinweisen juristisch korrekt die Augen verschließt, muss sein Handeln am Ende doch verantworten. Und wenn google schon nicht genügt, dann kann man auch bei [wikipedia](#) etwas zu solchen deutschen Waffenlieferungen lesen – beispielsweise zum Abwurf (!) von [G3-Gewehren](#) durch saudische Flugzeuge im Jahr 2015.

Bei einer Betrachtung der Waffenbestände und der Verbreitung von Schusswaffen im Jemen muss man natürlich die dortige traditionelle Waffenkultur und das unterschiedliche Agieren verschiedener gesellschaftlicher Akteure bzw. der jeweiligen „stock holder“ berücksichtigen – wie auch, dass in den letzten Jahren, vor allem seit dem offenen bewaffneten Konflikt mit Saudi-Arabien als Hauptantagonist, die Waffenanwendung und auch deren Fluktuation gestiegen ist.

Die letzte umfassende Untersuchung der Schusswaffenbestände im Jemen datiert von 2003, mit Material aus den frühen 1990er Jahren, und ist dementsprechend alt. Doch auch hier gilt, dass eindeutig ist, dass Waffen exportiert worden sein müssen, und es ist demnach ethisch verpflichtend für die Bundesregierung, Klarheit darüber zu schaffen, wie es in der Region aussieht, in die man Waffenexporte genehmigt hat und dies wohl auch in Gegenwart und Zukunft tut bzw. tun wird. Stichwort Wahrung der Menschenrechte als europäisches Kulturgut!

Das „Small Arms Survey Occasional Paper No. 9“ mit dem Titel „Demand, Stockpiles, and Social Controls: Small Arms in Yemen“ wurde 2003 von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler und Romanautor [Derek B. Miller](#) publiziert und enthält auch Daten des Archäologen und Ägyptologen [David A. Warburton](#). Dort heißt es über die Einfuhren von Schusswaffen in den Jemen und die Auswirkungen der kolonialen Politik der damaligen Besatzungsmächte: „The most important single element in the history of the nineteenth century relevant to the present issue was the improvement of firearms. After the Napoleonic Wars, the percussion cap replaced the flintlock. This improvement was followed by the rifled barrel, the breech-loader, the repeater and the small-bore repeater. Between about 1820 and 1920, the armed forces of Europe, Japan, and America repeatedly replaced their military weapons, as each new technological advance meant that older weapons were discarded.“ (Seite 8) Es wird also deutlich, wie lange der Re-Export von sogenannten Überschusswaffen bereits betrieben wird.

Weiter heißt es bei Miller unter der Überschrift „Weapons in Yemen: Where did they come from?“ (ebenfalls auf Seite 8) über frühe Importe aus Europa, dass unter anderem vom Osmanischen Reich Gewehre des Typs Mauser 87 und vom Deutschen Kaiserreich Karabiner des Typs Mauser 98k geliefert wurden. Ob es daher in Oberndorf auch einen Jemen-Bau geben sollte, neben Türken- und Schwedenbau? Schon damals konnte die Waffenproduktion in Oberndorf (wie andernorts auch) nur durch die Profite aus Exportgeschäften fortgesetzt werden. Wie sich die Zeiten gleichen. Besonders pikant bzw. gefährlich: „The Mausers in Yemen today are almost all Ottoman, and represented the continuous re-equipment of the Ottoman forces throughout their occupation. The Ottoman occupation forces

were issued the standard Ottoman Mausers on a large scale. These are among the most common weapons in Yemen, and almost all are still used today. Some are in the hands of youths whose parents have acquired more modern weapons.“

Über die Waffentransfers heutiger Zeit schreibt Miller (auf Seite 10): „Yemen does not legally produce small arms and so nearly all available weapons – except for early models from the eighteenth and nineteenth centuries when Yemen was a producer – have been imported. In recent years Yemen has received small arms from countries such as Argentina, Brazil, China, the Czech Republic, France, Germany, the Philippines, Poland, Portugal, South Africa, Spain, and the United States. In turn, Yemen is probably a supplier of arms to the Horn of Africa, including Djibouti, Somalia, and Sudan.“ Und auf Seite 45: „Ammunition is known to be supplied by Brazil, China, the Czech Republic, Germany, the Philippines, Poland, the Russian Federation, South Africa, the United Kingdom, and the United States.“ Deutsche Exporte in eine Krisenregion, auch Munitionsexporte, sicher zu erwartende Weiterwanderung der Rüstungsgüter, keinerlei Kontrolle über gelieferte Waffen. Restriktive Rüstungsexportpolitik wird das genannt, mit Betonung auf Export.

Fazit: Aktuelle Daten zum Waffenbestand in dieser Region und eine tatsächliche Handels- und Politiktransparenz tun not (und eine Änderung dieser Politik). Dass die Menschen im Jemen eine der größten humanitären Katastrophen erleiden müssen, mag an der Machtpolitik saudischer und/oder iranischer Politiker und Militärs liegen, doch ohne Kriegsmaterial würde der Kampf auf gänzlich andere Weise oder gar nicht stattfinden. Die Profitgier von Rüstungsmanagern hat hierbei einen großen Anteil. Und wenn von Iran und Saudi-Arabien die Rede ist, muss man sagen: Heckler & Koch hat bekanntermaßen auf beiden Seiten „Produkte“ bzw. Baupläne bereitgestellt und daran verdient. Insofern müsste ein Opferfonds, so er denn jemals wirklich kommen sollte, auch die Opfer der jetzt im Jemen grassierenden Seuchen, des Hungers und der Traumata einschließen. Kleinwaffen schaffen Kriegssituationen, in denen Menschen dann eben nicht nur an Kleinwaffenmunition sterben. Wer für solche Exporte Genehmigungen erteilt, macht sich mitschuldig.

Ärzteorganisation IPPNW spricht sich gegen Waffenexporte nach Saudi-Arabien aus

Die [IPPNW](#) (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) ist eine der 16 Organisationen im Trägerkreis der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Folgende Pressemitteilung hat die Ärzteorganisation am 14. Dezember 2017 veröffentlicht:

IPPNW fordert Stopp der deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien

Krieg im Jemen

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW fordert die deutsche Bundesregierung auf, sich gegenüber der saudi-arabischen Regierung für das Ende der Blockade im Jemen einzusetzen und sämtliche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien auszusetzen sowie keine weiteren Genehmigungen mehr zu erteilen. Erst gestern sind bei einem Luftangriff der saudi-arabischen Koalition in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa mindestens 30 ZivilistInnen getötet und viele weitere verletzt worden. „Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung trotz des brutalen Krieges im Jemen auch im Jahr 2017 Waffenlieferungen an Saudi-Arabien genehmigt hat,“ kritisiert der IPPNW-Vorsitzende Dr. Alex Rosen.

Seit März 2015 führt eine von Saudi-Arabien angeführte Militärallianz Krieg im Jemen, der nach Angaben der UNO bisher mehr als Zehntausend Opfer gefordert hat, darunter ein Großteil ZivilistInnen. Die ohnehin marode Infrastruktur des verarmten Landes wurde zerstört, Gesundheitswesen, Müllabfuhr, Wasser- und Abwassersystem sind zusammengebrochen. Laut Rotem Kreuz sind 900.000 Menschen an Cholera erkrankt. Mehr als 2.200 Menschen sind nach Berichten der WHO bereits an der Krankheit gestorben.

Kinder machen knapp 60 Prozent der Erkrankungsfälle aus. Der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe in dem Land, Jamie McGoldrick, erklärte, dass die Blockade Jemens durch die von Saudi-Arabien geführte arabische Koalition die Gefahr einer Hungersnot für 8,4 Millionen JemenitInnen schaffe. Der Ex-Präsident Ali Abdullah Saleh war am 4. Dezember 2017 nach Angaben der schiitischen Huthi-Rebellen getötet worden. Die jemenitische Friedensnobelpreisträgerin Tawakkol Karman schrieb am 12. Dezember 2017 in einem Beitrag für die Washington Post: „Hoffentlich bietet Salehs Tod die Gelegenheit, dem Teufelskreis des Blutvergießens zu entkommen.“ Die JemenitInnen müssten mit der internationalen Gemeinschaft gemeinsam einen Fahrplan entwickeln, der auf den Vereinbarungen basiere, die von den UN im Rahmen der nationalen Dialogkonferenz erzielt wurden.

Kontakt: Angelika Wilmen, Pressesprecherin IPPNW, Tel. 030-698074-15, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung, E-Mail: wilmen@ippnw.de
Die gesamte Pressemitteilung mitsamt weiterführenden Links und Berichten finden Sie auf der Internetseite der [IPPNW](http://www.ippnw.de).

Mehr über die wichtige und interessante Arbeit dieser Organisation erfahren Sie in einem Interview, das Milena Rampoldi im Jahr 2016 mit [Angelika Wilmen](#), der Pressesprecherin und Koordinatorin der Öffentlichkeitsarbeit der IPPNW, führte.

Unicef warnt: Kinder immer häufiger im Visier von kriegführenden Parteien

Die UN-Organisation [Unicef](#) weist auf eine Steigerung von gezielten Angriffen auf Kinder in den derzeit laufenden bewaffneten Konflikten und Kriegen hin, etwa in Syrien und im Jemen, wie Georg Schwarte (ARD-Studio New York) unter der Überschrift „UNICEF-Bericht: Kinder als Zielscheiben“ berichtet. Schulen, Wohnhäuser und Spielplätze würden zunehmend absichtlich bombardiert. Ein Beispiel für die Gewalt gegen Kinder ist im Bericht die Kasai-Region in der DR Kongo, in der im zu Ende gehenden Jahr 850.000 Kinder vertrieben worden seien. Kinder würden außerdem von Minen und anderen Sprengkörpern verletzt oder getötet, von Scharfschützen gezielt beschossen, sie würden als Kindersoldaten entführt und misshandelt bzw. in den Tod geschickt und auch als menschliche Schutzschilde benutzt, etwa im Kämpfen im Irak. Am 28.12. sendete die ARD zudem ein Interview mit [Rudi Tarneden](#) (UNICEF Deutschland), in dem er über die sich ausweitende Problematik des mangelnden Schutzes von Kindern in Krisen- und Kriegsgebieten spricht. Weiter finden sich hier Informationen zum internationalen Wettbewerb „UNICEF-Foto des Jahres“, dessen 1. Preis an den Fotograf Muhammed Muheisen ging. Sein Foto zeigt ein fünfjähriges syrisches Mädchen in einem jordanischen Flüchtlingslager, in dem sie und ihre Familie seit ihrer Flucht im Jahr 2015 leben.

„Aktion Aufschrei“ aktuell: Kritik an Steigerung des deutschen Rüstungsexports

Bevor wir uns in der Januar-Ausgabe des DAKS-Kleinwaffen-Newsletters eingehend mit den aktuellen Publikationen zum weltweiten Waffenhandel befassen, möchten wir hier auf die neueste Medienmitteilung der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ hinweisen. Den gesamten Text mit zusätzlichen Informationen finden Sie bei [Pax Christi](#) genauso wie bei [Ohne Rüstung Leben](#).

Neue SIPRI-Zahlen: Zeit für Abrüstung!

11. Dezember 2017

Deutschlands Rüstungsindustrie schreitet in die falsche Richtung

Während in Westeuropa insgesamt die Umsätze stabil blieben, haben deutsche Rüstungsunternehmen ihre Verkäufe um 6,6 Prozent gesteigert. Das schwedische Rüstungsforschungsinstitut, das heute Zahlen zu weltweiten Rüstungsverkäufen vorlegte, führt diese Steigerung hauptsächlich auf Verkaufssteigerungen

um 12,8 % im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr bei Krauss-Maffei Wegmann und um 13,3% bei Rheinmetall zurück.

pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann kritisiert: „Die Rüstungsproduktion in Deutschland schreitet in die falsche Richtung voran! Statt sich umzuorientieren und auf lukrative Energie- und Gesundheitstechnik umzustellen, weiten Konzerne wie Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann ihre Produktion von Kriegswaffen und Munition aus. Rheinmetall hat auch beim deutschen Rüstungsexport die Nase ganz weit vorn und steigert seine Umsätze durch eine Internationalisierungsstrategie. Durch Tochterunternehmen und andere Geschäftsmodelle schafft Rheinmetall sich einen Markt, bei dem der Konzern aus dem Land liefert, in dem keine Beschränkungen der Regierung zu befürchten sind. Die Zahlen, die Sipri uns da nennt, sind erneut ein deutliches Zeichen: Es ist Zeit für Abrüstung!“

Charlotte Kehne, die Referentin für Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben betont: „Zudem kommentiert Sipri, dass die Verkaufssteigerungen der beiden Unternehmen auch auf die Nachfrage im Nahen Osten und in Südostasien zurückzuführen sind. Unternehmen wie Rheinmetall profitieren vom Krieg und verdienen sich damit eine goldene Nase. Mit deutschen Waffen werden regionale Rüstungsdynamiken weiter angeheizt und es wird in Kauf genommen, dass diese bei Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen zum Einsatz kommen. Um dies zu verhindern, müssen Exporte von Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten gestoppt werden!“

Kontakt für die Medien:

Christine Hoffmann, pax christi

Mobil: 0177-52 83 530

Charlotte Kehne, Ohne Rüstung Leben

Mobil: 0711-62039372

BICC: Texte und Projekte zur Kleinwaffenkontrolle

In seinem Arbeitsbereich [Kleinwaffenkontrolle](#) bietet das Bonn International Center for Conversion (BICC) verschiedene Materialien und Medienprodukte an. Diese umfassen die Themen Weitergabe von Kleinen und Leichten Waffen, die Lagerungssicherheit von Munitionsbeständen und -depots, die Markierung und Verfolgbarkeit von Schusswaffen und Munition sowie die verbesserte Koordination von Waffenkontrollprogrammen. Aktuelle Schwerpunktregionen dieser BICC-Projekte sind die Sahel- und die Maghreb-Zone, das Horn von Afrika and Westafrika. Kooperationspartnerinnen sind die Afrikanische Union und die von Nairobi aus operierende Organisation [RECSA](#), die Waffenverfolgungsinstrumente anbietet (siehe auch Informationen des [Small Arms Survey](#) zur Arbeit von RECSA). Der von BICC erstellte „[SALW Guide](#)“ ist die weltweit einzige frei zugängliche Datenbank für die gängigsten Kleinwaffentypen und soll das Wissen über 80 weitverbreitete Modelle verbessern helfen. Dieser interaktive Guide wird in englischer, deutscher, spanischer and französischer Sprache bereitgestellt – und basiert auf Daten, die von der Bundeswehr bzw. deren Verifikationszentrum übermittelt werden. Bei BICC finden sich außerdem Links zu weiteren Ereignissen, die in den letzten beiden Jahren im Feld der Kleinwaffenkontrolle stattfanden. Besonders interessant sind Dokumentarfilme, die von BICC und seinen Partnerorganisationen produziert wurden und die auf der Bonner Website sowie auf Youtube gefunden werden können – etwa „[Keep The Safety On](#)“ über die Sicherheitsproblematik bei Munitionslagern sowie die deutsche Fassung der Dokumentation „[A Call For Arms](#)“ über die Darfur-Region im Westen des Sudan.

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: daks-news@rib-ev.de
Web: http://www.rib-ev.de/?page_id=206

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung.
Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind das [Friedenszentrum Braunschweig](#), [Ohne Rüstung Leben](#), der [DFG-VK-Bundesverband](#), [Pax Christi Deutschland](#), [terre des hommes Deutschland](#) und folgende DAKS-Organisationen:

- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.



Friedenszentrum
Braunschweig

